

Ressort: Politik

Länder stoppen vorerst Grundgesetzänderung für Digitalpakt

Berlin, 05.12.2018, 14:49 Uhr

GDN - Die geplante Grundgesetzänderung für den Digitalpakt Schule wird wohl vorerst nicht umgesetzt werden. Man wolle den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat anrufen, teilte der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD), am Mittwoch in Berlin mit.

Zuvor hatten sich die Regierungschefs der Länder getroffen. Alle 16 Bundesländer hätten für ein Vermittlungsverfahren gestimmt, so Tschentscher. Dies werde auch schnell zu einem Ergebnis führen. Der Vermittlungsausschuss dürfte voraussichtlich in der Bundesratssitzung am 14. Dezember angerufen werden. Der Bundestag hatte die Grundgesetzänderung, mit der dem Bund unter anderem zusätzliche Milliardeninvestitionen in Schulen ermöglicht werden sollen, in der vergangenen Woche beschlossen. Konkret geht es um Änderungen der Artikel 104c, 104d, 125c und 143e des Grundgesetzes. Mit dem Beschluss sollen Bundeshilfen bei kommunalen Investitionen erleichtert werden, wobei eine Mitfinanzierung zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur im Mittelpunkt steht. Damit die Verfassungsänderung umgesetzt werden kann, wird auch im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit benötigt.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-116467/laender-stoppen-vorerst-grundgesetzaenderung-fuer-digitalpakt.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619